Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 59 (1965)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : wer ist der Angreifer? ; Die entscheidende Frage ; Welcher Kurs? ; Die Bonner Fehlleistungen ; Werden Lehren gezogen? ; Umdenken!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140984

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wer ist der Angreifer? Die Ausdehnung der amerikanischen Kriegshandlungen auf *Nordvietnam*, von der wir in unserem letzten Weltüberblick noch kurz Kenntnis nehmen konnten*, hat bisher nicht zu einem offenen Zusammenstoß der Vereinigten Staaten mit China und der Sowjetunion geführt. Und man darf hoffen, daß ein solcher Zusammenstoß, der einem dritten Weltkrieg nahekäme, auch in Zukunft vermieden wird. Das sind zwei Feststellungen, die bei aller Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Dinge in und um Vietnam immerhin unsere Herzen mit Dankbarkeit erfüllen. Die Amerikaner verzichten vorderhand auf den *totalen* Krieg gegen Nordvietnam, wollen also «nur» umfangreichere und heftigere Luftangriffe als bisher auf nordvietnamische Militärstützpunkte, Verkehrsanlagen und dergleichen führen (womit sie bereits begonnen haben), und weigern sich entrüstet, in Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeiten einzutreten, solange Nordvietnam seine «Angriffspolitik» gegen Südvietnam fortsetze. Dieses Schlagwort von der nordvietnamischen «Aggression» beherrscht jetzt die ganze Südostasienpolitik der Vereinigten Staaten, ähnlich wie die Losung von der chinesischen Aggression seinerzeit ihre Führung des Koreakrieges beherrscht hat; noch heute begründen sie ja ihre völkerrechtliche Nichtanerkennung Chinas damit, daß die Regierung der Pekinger Volksrepublik von den Vereinten Nationen (die damals noch ganz den USA dienstbar waren) als Angreifer gebrandmarkt worden sei. Die amerikanische Propaganda ist aufs eifrigste bemüht, die Welt glauben zu machen, daß die Vereinigten Staaten, von der «rechtmäßigen» Regierung Südvietnams gerufen, zur Hilfeleistung mit Geld, Waffen und einer stattlichen Armee verpflichtet sei, um die Freiheit des südvietnamischen Volkes, ja ganz Südostasiens, gegenüber dem kommunistischen Eroberungswillen zu verteidigen. Solange die kommunistische Drohung weiterbestehe, hätten sie darum auch das volle Recht, stärkste «Vergeltungsschläge» gegen den Angreifer zu führen; wenn nur Nordvietnam von seiner Einmischung in die südvietnamischen Angelegenheiten abließe, «würde die internationale Spannung unverzüglich verschwinden», wie es in einer Note der Washingtoner Regierung vom 26. Februar an diejenige von Moskau heißt.

Die amerikanische Begründung für die Ablehnung einer friedlichen Lösung der Vietnamkrise ohne Rückzug des Vietcong aus allen seinen

* Durch ein Mißverständnis sind unsere Bemerkungen zu den amerikanischen «Vergeltungsschlägen» gegen Nordvietnam, die als *Nachtrag* zur Weltrundschau bezeichnet waren, in den Text selber hineingesetzt worden, der *vor* den Ereignissen geschrieben und zum Druck befördert worden war. Die Leser werden sich indessen hoffentlich auch so zurechtgefunden haben.

bisherigen Stellungen ist freilich ebenso unwahr wie anmaßend; vor einer sachlichen Prüfung kann sie sich — Gutgläubigkeit vorausgesetzt — keine fünf Minuten halten. Was zunächst die amerikanischen «*Vergeltungsschläge*» anbelangt, so hat man mit Recht gesagt, daß die dahinter stehende Lehre von dem Recht, gegen einen Staat militärisch vorzugehen, der Guerilla-Bewegungen unterstütze, zu den gefährlichsten Folgerungen führen müsse. Südafrika und Portugal zum Beispiel könnten dann schon morgen Tansania bombardieren, das den schwarzen Freischärlern Hilfe leistet, und Großbritannien dürfte gegen Indonesien losschlagen, das Guerillastreitkräfte in Malaysia unterstützt. Nein, der unerklärte Krieg der USA gegen Vietnam läßt sich auf *diese* Art keinesfalls rechtfertigen, zumal nun Südkorea seinerseits zugunsten der Diktatoren von Saigon mit 2000 Mann in den südvietnamischen Krieg eingegriffen hat, ohne daß die Amerikaner dagegen Einspruch erhoben hätten. Oder hat nun Nordvietnam etwa das Recht, Vergeltungsschläge gegen Südkorea zu führen?

Aber die ganze Anwesenheit der Amerikaner in Südvietnam ist ja eine Verhöhnung aller Begriffe von Freiheit, Gerechtigkeit und nationaler Selbstbestimmung. Man mag in den Vereinigten Staaten noch so leidenschaftlich wünschen, daß Südostasien — oder irgendein anderer Erdteil — «nicht in die Hände der Kommunisten falle» — aber aus diesem Wunsch das Recht abzuleiten, mit *Kriegsmacht* einzugreifen, um die «bedrohten» Völker für die «freie Welt» zu retten, ist Anmaßung und Willkür höchsten Grades. Gestände man den Amerikanern dieses Recht zu, dann müßte man auch kommunistischen Staaten die Befugnis zuerkennen, Armeen, Kriegsschiffe und Luftflotten in ferne Länder zu schicken, um zu verhindern, daß sie unter *kapitalistische* Herrschaft geraten oder unter ihr bleiben müssen, wenn sie bereits darunter stehen. Die Vereinigten Staaten haben aber nicht einmal geduldet, daß die Sowjetunion den Kubanern Raketen lieferten, als Kuba unmittelbar in Gefahr stand, ein zweites Mal von Nordamerika aus angegriffen zu werden, und hätten es ganz kalt auf einen Krieg mit der Sowjetunion ankommen lassen, wenn nicht Chruschtschew schleunigst den Rückzug angetreten hätte. Die Rolle des «Weltgendarmen» im Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus, die sich die USA beigelegt haben, ist und bleibt einfach eine Anmaßung, der jegliche Rechtfertigung fehlt und die nur die Menschheit in den Atomkrieg stürzen wird, wenn sich die Völker diesen Kreuzzugswahn nicht noch rechtzeitig und ganz kräftig verbitten!

Die entscheidende Farge In den Vereinigten Staaten selbst gibt es immer noch Stimmen, die vor dem Einsatz von Kriegsmitteln zur Zurückwerfung oder Zerschlagung der kommunistischen Weltbewegung — besser: der sozialrevolutionären Kräfte in Asien und Europa, in Afrika und Lateinamerika — aufs ernsteste warnen, wenn auch im großen ganzen der Widerstand gegen

die amtliche Vietnampolitik gebrochen scheint und seine Wortführer fast alle brav patriotisch entdeckt haben, daß Johnson eben doch recht habe. Um nur *eine* solche Stimme zu erwähnen: Arthur Krock, einer der bekanntesten Journalisten der USA und langjähriger Washingtoner Redaktor der «New York Times», erinnerte letzthin im Fernsehen daran, daß die Wurzel der mißlichen weltpolitischen Lage der USA in der vielberufenen Truman-Doktrin liege, die im Jahre 1947 verkündet wurde und amerikanische Unterstützung denjenigen «freien Völkern» versprach, die «einer versuchten Unterjochung durch bewaffnete Minderheiten oder auswärtigen Druck Widerstand leisten». Der Fehler dabei, so stellt Krock fest, «war erstens, daß sie (die Truman-Doktrin) einen Moralismus an die Stelle einer praktischen nationalen Politik setzte, und zweitens, daß sie ganz entstellt wurde. Ihre Urheber sagten, sie werde ‚in erster Linie in Gestalt wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe' angewandt werden, während ihre Anwendung in erster Linie und zunehmend militärischer Art war. Aber die Hauptverantwortung für diese Entstellung fällt auf die Präsidenten Kennedy und Johnson, viel weniger auf die Präsidenten Truman und Eisenhower ... Die Truman-Doktrin war eine vollständige Umkehrung der hergebrachten Politik der Nichteinmischung, außer wenn klare und gegenwärtige Gefahr für die nationale Sicherheit drohte.»

Auf diesem Weg schlidderten tatsächlich Kennedy und Johnson mit ihrer Vietnampolitik in eine Lage hinein, aus der in Washington heute niemand einen Ausweg anzugeben weiß, es sei denn schleunigen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte, bevor sie von einer Katastrophe ereilt werden, wie die Franzosen sie dort im Jahre 1954 erlebten. Und dagegen sträuben sich eben Regierung und Armeeführung mit Händen und Füßen. Welcher Art das amerikanische Eingreifen in Vietnam war und ist, weiß man. *Lord Bertrand Russell*, der einen so unermüdlichen Kampf um die Aufdeckung der Wahrheit über Vietnam führt, sagt es in seinem Buch «Krieg und Grausamkeit in Vietnam» mit schonungsloser Deutlichkeit: «Eine der wichtigsten Seiten dieses Krieges ist es gewesen, daß die Vereinigten Staaten viele Jahre lang vorgaben, daß kein derartiger Krieg stattfände und daß der nichtstattfindende Krieg nicht von Amerikanern geführt würde ... Dieser Krieg, in dem sieben Millionen Menschen in Internierungslager verbracht wurden, in dem 160 000 getötet, 700 000 mißhandelt, 350 000 ins Gefängnis geworfen wurden — was 16 000 Lager erforderte —, wurde von ‚The Nation' am 19. Januar 1963 folgendermaßen beschrieben: ‚Dies ist ein schmutziger, grausamer Krieg. Ebenso schmutzig und grausam wie der von den französischen Truppen in Algerien geführte Krieg, welcher die amerikanischen Gewissen so aufwühlte ... Die Wahrheit ist, daß die Armee der Vereinigten Staaten einige zehntausend Meilen von zuhause entfernt kämpft, um eine offene und brutale Diktatur in einem nicht erklärten Krieg zu unterstützen, der nie-

mals die verfassungsmäßige Billigung des Parlaments der Vereinigten Staaten erhalten hat'.»

Kampf gegen den Kommunismus? Nein, Krieg *gegen das Volk von Südvietnam* — das ist es, wozu die Amerikaner nach Vietnam gekommen sind! Lord Russell fragt: «Soll sich Amerika in einen Eroberungskrieg verwickeln, der als solcher offenkundig ist, und versuchen, wieder eine Regierung aufzustellen, die sich gänzlich auf bewaffnete fremde Truppen stützt? Dieser ‚Feind' beherrscht nahezu 70 Prozent von Südvietnam. Die Mehrheit des Vietcong wurde vom früheren Ministerpräsidenten Tram Van Huu in Paris als nichtkommunistisch bezeichnet, wie der ‚Observer' berichtete. Die offizielle Vietcong-Politik erstrebt ein neutrales und blockfreies Südvietnam. Trotz allen Versuchen der westlichen Presse, diesen Krieg als einen hinzustellen, in dem hilflose demokratische Menschen einem erbarmungslosen Angriff eines aggressiven kommunistischen Nachbarn ausgesetzt seien, ist es klar, daß die Vietcong eine Volksfront sind, die eine schreckliche Tyrannei in Südvietnam bekämpft hat und von den Vereinigten Staaten unter unberechenbaren Kosten für die Bevölkerung bekämpft wurde.»

Das ist wirklich der entscheidende Punkt: Der Krieg in Südvietnam hat seine Wurzel in der unerträglichen Herrschaft einer habsüchtigen, volksfeindlichen Oberklasse, deren schamloses Treiben zu unterstützen die amerikanische Armee ins Land gekommen ist — unter dem Vorwand, es gelte die Freiheit des Volkes gegen die drohende Versklavung durch die Kommunisten zu verteidigen. Die Kriegführung gegen Nordvietnam ist darum vollkommen widersinnig; sie geht an dem wahren Problem, das in Südvietnam gestellt ist, gewollt blind vorbei: an der Frage nämlich, wie in diesem Land wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse geschaffen werden können, die den Kommunismus unnötig machen. Die Verhältnisse, die in dem noch nicht vom Vietcong besetzten Teil Südvietnams tatsächlich herrschen, legen eben genau so, wie es in anderen unterentwickelten Ländern der Fall war und noch heute ist, die *kommunistische* Lösung der sozialen Frage nahe — und die Vereinigten Staaten fördern diesen Vorgang aufs wirksamste, indem sie sich hinter die jede Woche wechselnden «Regierungen» stellen und einer ebenso unfähigen wie verderbten Oberklasse die Taschen füllen. Die Hilfe, die der Vietcong von auswärts bekommt, ist jedenfalls nicht die entscheidende Ursache für die Erfolge der Aufstandsbewegung; diese zieht ihre Kraft in erster und letzter Linie aus den Mißständen im Lande selbst und aus der Notwendigkeit, mit der regierenden Schmarotzerschicht auch die Amerikaner zu verjagen, die — wie überall — lieber *diese* am Ruder halten, als daß sie Hand zu einer gründlichen Umgestaltung des hergebrachten Wirtschafts- und Staatsgefüges böten. An diesem unausweichlichen Ergebnis des Vietnamkrieges werden alle Vergeltungsschläge gegen den Norden nichts ändern; sie werden höchstens auch dort den

Kommunismus stärken, dem Regime Ho Chi Minhs wieder mehr Rückhalt im Volk geben (woran es in der letzten Zeit zu fehlen schien) und Nordvietnam mehr als je von China und auch von der Sowjetunion abhängig machen, als das jemals der Fall war.

Welcher Kurs? Man sollte meinen, daß sich der Regierung der Vereinigten Staaten dabei angesichts der Widersinnigkeit ihres Vietnam-Unternehmens die Notwendigkeit eines *gründlichen Kurswechsels* mit unwiderstehlicher Macht aufdrängen müsse. Alle Umstände, die zu erwägen sind — die Unmenschlichkeit und Grausamkeit des seit Jahr und Tag betriebenen Massenmordes, die Unmöglichkeit, mit der Widerstandsbewegung militärisch fertig zu werden, die hoffnungslose Brüchigkeit des südvietnamischen Zivilregimes, die Gefahr unabsehbarer internationaler Verwicklungen — sollten doch anständigerweise im Denken der Washingtoner Staatsführer das unbedingte Übergewicht über die Furcht vor einem Verlust an Ansehen gewinnen, den die USA bei einem Abbruch ihres südostasiatischen Abenteuers erleiden würden. Dies um so mehr, als Amerikas Weltgeltung nur immer weiter geschwächt wird, je länger es zögert, die unvermeidlichen Folgerungen aus der Lage zu ziehen, in die sich seine Führer selbst hineinmanövriert haben.

Die Weltmeinung kehrt sich tatsächlich immer eindeutiger gegen die Vereinigten Staaten. Nicht nur verschlechtern sich unter dem Einfluß der amerikanischen «Vergeltungsschläge» gegen Nordvietnam die Beziehungen der Sowjetunion zu den USA neuerdings wieder recht augenfällig. Und nicht nur wächst in China, wie ausländische Beobachter sich an Ort und Stelle überzeugen konnten, der Volkshaß gegen die Amerikaner in beunruhigender Art und Weise. Auch unter den Verbündeten und Freunden Amerikas selbst versteht man die Starrköpfigkeit der Washingtoner Regenten vielfach nicht mehr und drängt mit zunehmendem Nachdruck auf Einberufung einer neuen «Genfer Konferenz» die den Vereinigten Staaten einen Rückzug aus Vietnam ohne unerträgliche Demütigung erlauben würde. Frankreich, Indien, die blockfreien Staaten Afrikas und Asiens — sie alle suchen, unterstützt vom UNO-Generalsekretär, Präsident Johnson und seinen Ratgebern klarzumachen, daß mit Gewaltstreichen die Vietnamfrage heute so wenig zu lösen ist wie sie es zu der Zeit war, als Frankreich um seine koloniale Herrschaftsstellung in Indochina kämpfte. Einzig die *britische* Regierung stellt sich offen hinter die amerikanische Vietnampolitik, in der Erwägung, daß auch Malaysia, über dem England seine schützende Hand hält, für den Westen verloren wäre, wenn Vietnam fallen sollte. Daß es eine Labourregierung ist, die diese schmähliche Haltung einnimmt, eine Regierung, deren Führer sich als Sozialist und Christ erklärt, macht die Londoner Diplomatie doppelt abstoßend und verächtlich; aber man darf offenbar von Harold Wilson noch weniger erwarten, als man das im Blick auf seine früheren opportunistischen

Neigungen und Leistungen ohnehin mußte, und die pazifistisch-sozialistische Linke innerhalb der Labourpartei hat anscheinend nicht genügend Gewicht und Handlungsfreiheit, um ein sauberes, tapferes Auftreten der britischen Regierung gegenüber Amerika durchzusetzen.

In Washington ließe man sich freilich auch durch englischen Druck nicht von der «Durchhaltepolitik» abbringen, die jetzt im Sinn eines Kompromisses zwischen «Draufgängern» und «Rückzugsbereiten» in Vietnam befolgt wird. Man glaubt es Amerikas Ehre und der Sache der «Freiheit» schuldig zu sein, um jeden Preis Nordvietnam wie den Vietcong militärisch auf die Knie zu zwingen, komme was da wolle. Zwei Umstände könnten immerhin auch jetzt noch zugunsten einer *Verhandlungslösung* wirken. Einmal die trotz allem nicht zu unterschätzende Stärke des Widerstands gegen den Vietnamkrieg in der öffentlichen Meinung Amerikas selber, obwohl eben alle früheren Erfahrungen davor warnen, die realpolitische Wirkungskraft dieses Widerstandes zu überschätzen, der vornehmlich von christlichen und liberal-intellektuellen Kreisen getragen wird. Sodann die offenbare Lähmung der Kriegführung gegen den Vietcong durch intellektuelle und religiöse, ja sogar militärische Gruppen im amerikanischen Teil Südvietnams, verbunden mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage des schwergeprüften Landes. «Die Wirtschaft Südvietnams», so berichtet «US News & World Report» (1. März), «rutscht in raschem Gleiten bergab ... Die Einfuhr hob sich im Jahr 1964 (während der ersten neun Monate) um etwa zwei Prozent, die Ausfuhr fiel aber um 35 Prozent. Das heißt, Südvietnam hat siebenmal mehr für seine Einfuhr ausgegeben, als es durch Ausfuhr verdient hat. *Ein* Grund dafür ist: Die roten Guerillas bringen mehr und mehr von den reiserzeugenden Gebieten unter ihre Herrschaft ...»

Ob das alles aber ausreicht, um die Amerikaner zum Abzug zu bewegen? Denn daß etwa die Organisation der *Vereinten Nationen* in diesem Sinn eingreifen würde, wie es von Rechts wegen ihre Pflicht wäre, daran ist sowieso nicht zu denken. Die UNO ist ja durch den Streit um die Geldbeiträge für ihre früheren Friedensbemühungen fast völlig gelähmt, und wenn sich der Sicherheitsrat dennoch für die unverzügliche Einstellung der Kriegshandlungen in Vietnam einsetzen wollte, so könnte und würde die amerikanische Regierung dank ihrem Vetorecht ihm ohne weiteres in den Arm fallen. Man fragt sich darum immer ernster, was für ein Daseinsrecht die UNO als Friedenswahrerin überhaupt noch hat, wenn sie nicht einmal imstand oder auch nur willens ist, vermittelnd in einem Konflikt einzugreifen, der unzweifelhaft den Weltfrieden bedroht und schwerer ist als irgendein internationaler Streitfall seit der Kubakrise. Soll die UNO wirklich ebenso den Feigheitstod erleiden wie der alte Völkerbund, dessen Stelle sie mit mehr Anspruch auf Erfolg nach dem Zweiten Weltkrieg eingenommen hat?

Die Bonner Fehlleistungen Inzwischen verschärft sich auch im *Mittelosten* die Lage ganz bedenklich. Die Todfeindschaft, die die *arabischen Staaten* dem jungen, aufstrebenden *Israel* angesagt haben, droht neuerdings zu Verwicklungen zu führen, die über den Kreis der unmittelbar beteiligten Länder hinausgreifen, ja auch die ohnehin wieder angespannten Beziehungen zwischen den Weltgroßmächten in Mitleidenschaft ziehen müßten. «Und das hat mit ihrem Singen die Lorelei getan», die jetzt eben in Bonn daheim ist. Es ist tatsächlich kaum zu glauben, welcher Fehlleistungen die Staatskünstler der *deutschen Bundesrepublik* fähig sind. Vergegenwärtigen wir uns kurz die jüngste Entwicklung ihrer Mittelostpolitik!

Nasser, der ägyptische Diktator, lädt Walter Ulbricht, den ostdeutschen Staatspräsidenten, zu einem Besuch des uralten Nillandes ein. Darob mächtige Aufregung in Westdeutschland. Nach der sogenannten Hallstein-Doktrin darf ja kein Staat die DDR irgendwie, sei es auch nur durch Herstellung freundlicher Beziehungen, anerkennen, ohne damit eine feindselige Handlung gegen die Bundesrepublik zu begehen. Eine DDR gibt es für Bonn einfach nicht; Deutschland muß nach dem bundesrepublikanischen Dogma durch schlichte Eingliederung des Ostens in den Westen geeinigt werden. Jede Anerkennung der Tatsache, daß es einen selbständigen ostdeutschen Staat gibt — so heißt es —, erschwere diese Art Lösung der deutschen Frage, besonders wenn, wie im vorliegenden Fall, die Gefahr bestehe, daß das böse Beispiel der Freundschaft mit der DDR von weiteren Staaten befolgt werde.

Das alles wußte Nasser genau. Gerade darum aber lud er Ulbricht ein, den in der Bundesrepublik bestgehaßten Mann der DDR. Er gedachte Westdeutschland als *geheimen Waffenlieferanten Israels* aus dem Busch zu klopfen und es durch die versteckte Drohung einer förmlichen Anerkennung der DDR zu zwingen, seine Militärhilfe für Israel einzustellen. Die Drohung wirkte denn auch prompt. Bonn kündigte den seinerzeit von Adenauer (mit Strauß als eigentlichem Drahtzieher) abgeschlossenen Geheimvertrag mit Israel auf und versprach Nasser auch, Israel völkerrechtlich nicht anzuerkennen (was es übrigens kaum im Sinn hatte). Natürlich wurde nun Israel zornig und empört, zumal schon die Tätigkeit westdeutscher Raketenspezialisten in Ägypten und die Absicht der Bonner Regierung, die nazistischen Kriegsverbrechen als verjährt zu erklären, in Israel böses Blut gemacht hatte. Bonn schlug zwar den Israelis vor, die restlichen Waffenlieferungen im Betrag von etwa 20 Millionen Dollar durch eine militärisch harmlose Wirtschaftshilfe zu ersetzen — aber davon will man weder in Israel noch in Ägypten etwas wissen. Um dennoch den starken Mann gegenüber Nasser zu spielen, drohte nun Erhard seinerseits, alle westdeutsche Wirtschaftshilfe für Ägypten abzublasen, sofern Nasser wirklich und endgültig an Ulbrichts Besuch festhalte. Aber da-

durch ließ sich der ägyptische Gegenspieler natürlich erst recht nicht einschüchtern. Ulbricht kam dennoch und wurde mit allen Ehren, die einem Staatsoberhaupt gebühren, empfangen. Und was die westdeutsche Wirtschaftshilfe betrifft, so läßt sich die ohne viel Schaden für Ägypten durch ostdeutsche und sowjetische Lieferungen ersetzen.*

Mit einem Wort: Die Bonner Politik hat eine Reihe von *demütigenden Niederlagen* erlitten, die nicht nur ihr Ansehen in der ganzen Welt erheblich mindern, sondern auch die als so aussichtsreich erachtete Ausdehnung der westdeutschen Wirtschaftsunternehmungen nach den Ländern des Mittelostens gefährden. Aber auch Israel ist angeschlagen; es fühlt sich durch die Verweigerung der letzten westdeutschen Waffenlieferungen gekränkt und militärisch geschädigt. Und in eine peinliche Lage sind nicht zuletzt die westlichen Verbündeten der deutschen Bundesrepublik, vor allem die Vereinigten Staaten, geraten, die Bonn unter der Hand zu seiner «Wiedergutmachungspolitik» gegenüber Israel ermutigt haben, aber es mit den arabischen Staaten trotzdem nicht verderben wollten. Um ihnen zu gefallen, wirkten sie nicht ernstlich auf Bonn ein, damit es seine Verpflichtungen gegenüber Israel erfülle — und stießen damit die Israelis vor den Kopf. Sie wollten aber auch der Bonner Regierung weder in Kairo noch in den anderen arabischen Hauptstädten helfen, Bonns Anspruch auf Alleinvertretung Deutschlands durchzusetzen — und das nimmt man ihnen nun in Westdeutschland schwer übel, wenn man es ihnen nicht geradezu als Doppelspiel und Verrat ankreidet. Wer bei dem ganzen Handel gewonnen hat, das ist Nasser, dessen Ansehen in der arabischen Welt eine höchst nötige Aufwertung erfahren hat, natürlich auch die DDR — und gewiß die Sowjetunion, die hinter Ägypten steht, gegenüber Israel kühl-zurückhaltend bleibt und ihren Einfluß in Vorderasien wie in Afrika, bis zum Kongo hin, zunehmend wachsen sieht, während in all diesen Ländern Amerika dauernd an Sympathien verliert. Zusammen mit der Erschütterung ihres Ansehens und ihrer Machtstellung im Fernen Osten ist das für die Vereinigten Staaten keine besonders beneidenswerte Lage . . .

---

* Inzwischen hat die Regierung Erhard sich endlich geneigt erklärt, *mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen.* Aber selbst wenn das gelingt, das heißt wenn die Bundesrepublik die Bedingungen schluckt, die Israel dafür stellt, macht das den Schaden nicht entfernt gut, den sich die Bonner Republik selber zugefügt hat. Und auf jeden Fall wird eine Anerkennung Israels durch Westdeutschland die arabischen Staaten noch mehr gegen Westdeutschland aufbringen als bisher.

Israel gegen die arabische Feindseligkeit zu schützen, muß freilich gerade für Deutschland eine sittliche Verpflichtung ersten Ranges sein. Es ist darum besonders bedauerlich und verwerflich, daß *Ulbricht* in der Schlußerklärung, die er mit Nasser zusammen nach seinem Besuch abgegeben hat, israelfeindliche Wendungen durchgehen ließ, die ein *deutscher* Staatsmann zu allerletzt hätte unterschreiben dürfen. Diese Verbeugung vor der arabischen Judenfeindschaft war wahrhaftig weder nötig noch anständigerweise sonst zu rechtfertigen!

Werden Lehren gezogen? Wiederum sollte man meinen, wie bei der Ostasienpolitik der USA, daß ein Regime, das in der Außenpolitik so schwere Fehler begangen hat wie das Bonner Regime in seinem Verhältnis zu den Ländern des Mittelostens, sich mindestens bereit finden müsse, daraus zu lernen und eine gründliche Kursänderung vorzunehmen. Aber man würde die westdeutschen Regierungsparteien wie ihre angebliche Opposition, die Sozialdemokraten, schlecht kennen, wenn man das von ihnen erwartete. Wohl ist im Bundestag von sozialdemokratischer Seite Kritik an der Orientpolitik der Regierung Erhard geübt worden; der Fraktionsredner der Sozialdemokraten hat sogar — höflich und vorsichtig zwar — gefragt, ob eine Regierung, die sich derartige Fehlgriffe leiste, wirklich noch recht am Platze sei. Aber das war auch alles. Von einem Rücktritt der Regierung, der *jetzt* fällig sei, wie das in Parlamenten mit demokratischem Instinkt selbstverständlich gewesen wäre, war keine Rede — und mit gutem Grund. Denn die westdeutsche Sozialdemokratie ist ja an den von ihr kritisierten Fehlleistungen der Bundesregierung weithin mitschuldig. Ihre Bundestagsfraktion weiß längst, wie die anderen Fraktionen auch, von dem *Geheimabkommen* mit Israel über Waffenlieferungen im Betrag von über 300 Millionen Mark — aber weder sie noch natürlich eine andere parlamentarische Gruppe fühlte sich bemüßigt, die Regierung wegen dieser groben Verletzung der Verfassung zur Rede zu stellen und ihren sofortigen Rücktritt zu verlangen. Offenbar wagte niemand den Vorwurf auf sich zu laden, dem israelischen Staat die Lieferung von Waffen versagen zu wollen, die er gegen seine arabischen Feinde notwendig zu haben erklärt, obwohl der Abschluß eines Geheimvertrags und die budgetmäßige Verschleierung der daraus erwachsenen Kosten rein nichts mit der deutschen Pflicht zur Wiedergutmachung wenigstens der materiellen Folgen von Hitlers Judenausrottung zu tun haben.

Noch mehr: die westdeutsche Sozialdemokratie ist auch mitschuldig an der Duldung der berüchtigten *Hallstein-Doktrin*, die dem Konflikt Bonns mit Kairo und was daraus folgte zugrunde liegt. Sie wußte längst, daß diese Doktrin, die von allen anderen Staaten bei Strafe des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen die Nichtanerkennung der DDR verlangt, den ostdeutschen Staat dem Verschwinden nicht näher gebracht, hingegen fortwährend der westdeutschen Republik die größten Schwierigkeiten und Verlegenheiten bereitet hat. Aber sie überbot die anderen Parteien und ihre Regierung womöglich noch an gehässiger Dummheit in bezug auf eine wirklichkeitsgemäße Lösung der deutschen Frage. Auch für sie ist das Bestehen der DDR *das* große Hindernis für eine «aktive» Ostpolitik, für die Aufsaugung Ostdeutschlands durch die an den Westblock gebundene Bundesrepublik, für die Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 und die radikale Umkrempelung der ganzen Grenzziehung und Machtverteilung, wie sie aus der deutschen Niederlage von 1945 hervorgegangen ist. Und

darum kann die westdeutsche Sozialdemokratie nicht entfernt mit der Entschlossenheit und Schärfe, die heute mehr denn je nötig wäre, gegen die Außen- und Militärpolitik der Bonner Regierung auftreten; sie unterstützt sie vielmehr ganz offen und planmäßig und hat damit nicht nur den Zusammenbruch der westdeutschen Mittelostpolitik mitherbeigeführt, sondern macht sich auch mitschuldig an dem Zusammenbruch der Bonner Deutschland- und Außenpolitik überhaupt, der unausweichlich kommen wird, wenn nicht noch durch ein Wunder rechtzeitig eine völlige Umkehr von dem seit 1949 verfolgten Irrweg der bundesrepublikanischen Politik zustandekommt.

Umdenken! Die Umkehr müßte vor allem damit einsetzen, daß die *Lüge von der Kriegsdrohung aus dem Osten* und von der Notwendigkeit der Abwehr dieser Drohung durch höchstgesteigerte Militärrüstungen des westdeutschen Staates endlich fallen gelassen würde. Wie der westdeutsche Oberst a. D. von Bonin im Februarheft der «Blätter für deutsche und internationale Politik» (Köln) nur mit allzuviel Recht feststellt, bildet «das Märchen vom bösen Wolf in Gestalt der stets sprungbereit Richtung Westen lauernden Roten Armee seit eh und je die alles tragende Säule der bundesrepublikanischen Sicherheitspolitik ... Nur solange weite Kreise der westdeutschen Bevölkerung von der unterschwelligen Angst vor den ‚Horden des Ostens' beherrscht werden und an die Möglichkeit einer Wiederholung des furchtbaren Dramas der letzten Monate des Zweiten Weltkrieges glauben, kann Bonn seine auf einer einzigen riesenhaften Lüge aufgebaute seitherige Militärpolitik als erfolgreich hinstellen, weiterbetreiben und zu allem Überfluß auch noch mit sinnlosem atomarem Ehrgeiz anreichern. Allein unter diesen verlogenen Aspekten dürfen Männer wie Hassel, Trettner und andere es ungestraft wagen, wahnwitzige Pläne wie den einer Verlegung sogenannter Atomminen an der deutsch/deutschen Grenze der Öffentlichkeit zu präsentieren!

Es kann daher gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die Gefahr einer gegen Westeuropa gerichteten Großaktion der Roten Armee unter konventionellen Vorzeichen, wenn sie seit Kriegsende überhaupt jemals bestanden hat, zumindest schon seit vielen Jahren völlig illusorisch ist. Die wahre Gefährdung der Bundesrepublik trägt vielmehr ein ganz anderes, viel ernsteres Aussehen: nämlich das ihrer blitzschnellen Vernichtung in einem atomaren Inferno unvorstellbaren Ausmaßes.

Wer die Verlogenheit der bislang betriebenen und offenbar auch weiterhin beabsichtigten Sicherheitspolitik Bonns in vollem Umfang und vor allem in ihren verheerenden Auswirkungen auf die gesamtdeutschen Belange erkannt hat, für den ist es in meinen Augen einfach eine nationale Pflicht, mit aller Kraft gegen den als Wurzel allen Übels anzusehenden notorischen Unsinn unserer Bedrohung durch eine unter Masseneinsatz von Menschen und Material losbrechende Invasion

der östlichen Seite anzukämpfen. Erst wenn die so verteufelte Wirkungen ausstrahlende Legende von der Möglichkeit unseres Überranntwerdens durch weit überlegene rote Kräfte aus der Welt geschafft ist, kann der sowohl für die Herstellung echter Sicherheit im Atomzeitalter als auch zur Erfüllung der primitivsten Voraussetzungen für die Beseitigung der Teilung Deutschlands dringend erforderliche grundlegende Wandel in der Militär-, sprich Außenpolitik der Bundesrepublik eintreten.»

Daß ein nicht ganz geringer Teil der westdeutschen Bevölkerung «bereits» in der Richtung zu denken begonnen hat, wie es dieser ehemalige Generalstabsoberst fordert, darf wohl als Tatsache angenommen werden. Spuren eines Umdenkens findet man zuweilen sogar bei Leuten, die viele Jahre lang aufs kräftigste mitgeholfen haben, die deutschen Gehirne zu benebeln. So schrieb in der Hamburger «Welt», also einem Blatt des westdeutschen Pressekönigs Axel Springer, dessen Verlag die größte Volksverdummungsanstalt der Bundesrepublik ist, Chefredaktor Hans Zehrer letzthin: «Man kann in der Bundesrepublik nicht mehr so weitermachen wie bisher! ... Man braucht nicht so hoch zu greifen, um festzustellen, daß die politische Führungsschicht heute einen erschreckenden Mangel an Personen aufweist. Darin zeigt sich nicht nur der ungeheure Aderlaß des Dritten Reiches und der Sog des Wirtschaftswunders, der die aktiven Kräfte der Politik entzog und auf die Sessel der Direktoren und Aufsichtsräte setzte. Da wirkt sich auch jene halbe Souveränität der Bundesrepublik aus, die die politische Führungsschicht am Anfang unter den Schirm der westlichen Verbündeten, aber nicht unter die volle Verantwortung für das eigene Schicksal der Nation stellte, unter der Personen erst geprägt und gehämmert werden.»

Wie es aber mit der Aussicht bestellt ist, daß in Westdeutschland *eine neue politische Führungsschicht* aufkommt, legt in bemerkenswerter Weise Wolf Schenke in der «Neuen Politik» (27. Februar) dar. Unter dem Schutz und Schirm der westlichen Siegermächte, so schreibt er, haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg die *«Lizenzparteien»* entwickelt, das heißt diejenigen politischen Gruppen, die für ihre Propagandatätigkeit und ihre Zeitungen eine Lizenz der Besatzungsbehörden brauchten und bekamen. «Gepeinigt vom schlechten Gewissen etablierten die Lizenzparteien ihre von den Siegermächten geborgte Macht nach innen. Sie gerieten dabei bald auf den totalitären Weg des Systems, das sie einst abgelehnt hatten, und okkupierten eine Monopolstellung im Parlament, in dem sie durch u. a. die 5-Prozent-Klausel den Eintritt neuer Parteien verhinderten. Ihre Freunde beherrschten alle Mittel der Beeinflussung der Öffentlichkeit, den Rundfunk und das Fernsehen.

... Der Aufrichtung ihres Monopols kam noch etwas anderes entgegen: Selbst wenn sie über die Massenmedien und das Geld — jetzt sogar von der Allgemeinheit der Steuerzahler — nicht in dem Maße

verfügt hätten, die große Mehrheit der Bevölkerung war durch das «Wirtschaftswunder» und die von oben geförderte Korrumpierung aller überpersönlichen Werte so eingelullt, daß ihr nichts ferner lag, als einer oppositionellen Richtung ihre Stimme zu geben. Wer oppositionell war, war unbequem, ein Außenseiter, fast asozial. Er rührte an einen wunden Punkt im Unterbewußtsein, an das unbestimmte Gefühl, daß trotz allem äußeren Glanz etwas grundlegend nicht stimmte, und wütend, beinahe haßerfüllt, macht der Massenmensch seit Menschengedenken jeden tot, der ihn aus den Illusionen herausreißen und zu seinem eigenen Besten der Wahrheit gegenüberstellen will.

In die negative Elite wurden nach und nach auch jüngere Menschen hineingezogen. Wer einst mit großen Hoffnungen in eine der Fraktionen der heute de facto bestehenden *Einheitspartei* eintrat und dank seiner intellektuellen Fähigkeiten dort seinen Weg nach oben machte, hatte in dem Augenblick, in dem ihm Bedenken kamen, nur die Wahl, sein Gewissen zu betäuben oder wieder ins Dunkel hinausgestoßen zu werden. Da es im Bundestag nur noch eine aus Fraktionen bestehende Einheitspartei gibt, nützte auch ein Fraktionswechsel nichts. Und da die Einheitspartei ein Monopol der politischen Vertretung hält, kann ein Nonkonformist in ihren Reihen nur den Sprung ins Wasser tun und ganz von vorn, unter schwersten Bedingungen wieder anfangen zu schwimmen. Die es taten, sind an den Fingern einer Hand zu zählen. Die anderen verfielen der Korruption durch das Monopol.»

Eine fast trostlose Lage, aus der ihr Volk herauszuführen sich die besten Männer und Frauen Westdeutschlands bis jetzt vergebliche Mühe gegeben haben! Und daß es nach den Bundestagswahlen, die im September stattfinden werden, wesentlich anders werden könne, das zu erwarten wäre sicher eine grobe Selbsttäuschung. Auch wenn die Sozialdemokraten mit an die Regierungskrippe herankämen, ergäbe das nicht den moralischen und politischen Umschwung, ohne den Westdeutschland nicht aufhören wird, der Unruhen- und Gefahrenherd Nummer eins Europas zu sein; vielleicht würde die SPD nur in ähnlicher Art einem nationalistisch-militaristischen Abenteurertum den Weg bereiten, wie sie das in der Weimarer Republik zugunsten des hitlerschen Nazismus getan hat. Die Frage ist nur, ob die *anderen* Völker und ihre Regierungen auch dann wieder einer solchen Entwicklung tatenlos zuschauen und sie gar noch kräftig fördern würden. Und hier sind gewiß Hoffnungen erlaubt, daß es ein zweites Mal nicht so herauskommen werde. Aber wachsam im höchsten Grad müssen sie sein, die anderen Völker und besonders die Nachbarn Westdeutschlands, die nun wirklich genug von dem «deutschen Wesen» erlebt haben, an dem nach dem Dichterwort «einmal noch die Welt genesen» möge, um zu wissen, woran sie mit der Bonner Machtpolitik sind. Ewige Wachsamkeit ist eben der Preis nicht nur der Freiheit, sondern auch des Friedens!

3. März 1965 *Hugo Kramer*